

# Der Kämpfer für

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Zeitungsbüchern und in allen Städten erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich bei Hause 2 RM. (halbjährlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne  
Befreiungspauschale) / Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition:  
Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17250 / Postleitzettel: Dresden Nr. 17690. Dresdner Verlagsgeellschaft  
Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Redakteur: Ami Dresden Nr. 17250 / Druckanrichte: Arbeiter-  
kunst Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Bezugspreis: Die neurom gezeichnete Monopartizipate oder deren Raum 0,30 RM., für Familien-  
angehörige 0,20 RM. für die Partizipate anschließend an den dreifachen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM.  
Anzeigen-Zahlung montags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhof-  
straße 2 / Die "Arbeitsstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer  
Betrieb besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dresden, Freitag, den 30. Dezember 1927

Nummer 303

1928  
ein Jahr schwerster Kämpfe

Von L. Expert

1927 war für das Proletariat ein Jahr schwerster Kämpfe im fernen Osten, ein Jahr der Sammlung zu neuen Kämpfen in den kapitalistischen Ländern Europas, ein Jahr der gewaltigen Fortsetzung des sozialistischen Aufbauwertes in der Sowjetunion. Die imperialistischen Mächte erfuhrten eine weitere Steigerung der Aufmarsch der imperialistischen Mächte unter Führung Großbritanniens gegen den ersten Arbeitstaat wurde fortgesetzt, die Kriegsgefahr ist weiter gewachsen.

In China fließt das Blut der revolutionären Arbeiter und Bauern. Die chinesische Bourgeoisie hat das Bündnis der verschiedenen Klassen gegen den ausländischen Imperialismus zerstört und tritt heute der Arbeiterklasse und den Bauern mit sozialistischen Methoden gegenüber. Aber die in den revolutionären Kämpfen gewonnenen Erfahrungen unserer Klasse, die unermöglichkeit der Hunderter Millionen von Bauern geben uns die Gewissheit, daß es dem Imperialismus nicht gelingen wird, seine "Ordnung" zu stabilisieren, sondern daß die Arbeiter und Bauern Chinas in Jahrzehnten revolutionären Kämpfen die Macht in ihre Hände nehmen werden. Die Kämpfe in China beweisen den europäischen Proletariat erneut, welcher Weltstabilität die Bourgeoisie im Kampf gegen die Revolution fähig ist. Die Arbeiterklasse muß hieraus die für ihren Kampf notwendigen Schlussfolgerungen ziehen.

Denn auch im kapitalistischen Europa müssen sich die Zelchen neuer gewaltiger Klassenkämpfe, die in einer Reihe von Ländern, insbesondere aber in Deutschland, sich zu revolutionären Kämpfen entwickeln müssen. Die deutsche Bourgeoisie hat ihre in den vorhergehenden Jahren durchgeführte Befreiung weiter ausgedaut. Wirtschaftskrisis ist sie durch Monopolisierung und Rationalisierung, durch Ausweitung der Hochkonjunktur, durch eigene Kapitalakkumulation und ausländische Anleihen erbracht.

Außenpolitisch findet diese Erstärkung des Finanz- und Trustkapitals seinen Ausdruck in dem Aufstieg eines neuen deutschen Imperialismus, der nicht nur die Gegenläufe unter den anderen imperialistischen Mächten planmäßig ausnutzt, sondern auch hofft, in dem zukünftigen Kriege an der Seite der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion seine alte Bewegungsfreiheit wieder zu gewinnen.

Innenpolitisch aber zeigt das Jahr 1927 eine große Verstärkung des Gewichtes der Trustbourgeoisie, die Zurückdrängung des politischen Einflusses der Kleinbürgerschaftlichen Parteien und ihre immer stärkere Unterordnung — einschließlich der SPD — unter die vom Trustkapital geführte Politik.

Mit dem bisherigen beginnt sich die Bourgeoisie nicht. Das in den letzten Tagen veröffentlichte "Notprogramm" der Unternehmerorganisationen beweist vielmehr, daß die wirtschaftliche Ausdeutung, die Steuerbelastung der Massen und der Abbau der unteren und mittleren Beamten gesteigert werden sollen. Der Staatsapparat soll noch mehr zentralisiert, das heißt für die Unterdrückung der werktäglichen Massen vorbereitet werden. Dem Parlament sollen noch die bestehenden Rechte über Bestimmung der Haushalte genommen, den Kommunen sollen die Rechte der Selbstverwaltung entzogen, die diktatorischen Vollmachten des Reichspräsidenten aber sollen verstärkt werden.

Dieses politische Programm, an dessen Verwirklichung die Bourgeoisie 1928 entschlossen herangeht, wird wirksam erzeugt durch die Aufrechterhaltung der schlimmsten Sklavereibedingungen in der Industrie und Landwirtschaft. Jede Lohnforderung, jede Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit wurde mit Ausperrung, Stilllegungsdrohung und Zwangsschiedsgericht beantwortet.

Für die Durchsetzung ihrer Pläne hat die Trustbourgeoisie in Lagen der Arbeiterklasse einen starken Verbündeten: die Sozialdemokratische Partei. Sie hat die Lösung des Trustkapitals: "Zentralisierung der Staatsgewalt", auf ihre Fahne geschrieben. Sie propagiert nach der Niederschlagung des Kampfes der deutschen Arbeiter um eine einheitliche Römerpublik den kapitalistischen Einheitsstaat. Die Sozialdemokratische Partei tritt heute für den Raub des Selbstverwaltungsrates der Kommunen ein. So verlangte Dr. Hilberding in seiner Kieferrede die "Kontrolle" der Selbstverwaltung der Kommunen durch das Reich der Trustmagnaten. Es sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die jeden gescheiterten Kampf der Arbeiter — und bisher meistens mit Erfolg — erdrosten, wie die bedingungslose Fügung unter die Verbindlichkeitserklärung des schwachen Schiedsgerichts für die Schwerindustrie erneut beweist.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bourgeoisie befindet sich noch in der Offensive, die Arbeiterklasse erst im Prozeß der Sammlung ihrer Kräfte. Das Jahr 1927 brachte eine Fortsetzung des großen Prozesses der langsamem Linksverschiebung der deutschen Arbeiterklasse, die einerseits eine Erholung von den Niederlagen der letzten Jahre, aber gleichzeitig einen Vorboten und eine unerlässliche Voraussetzung eines neuen revolutionären Aufmarsches ist. Ihren Ausdruck fand diese Linksverschiebung im letzten Jahr vor allem in einer langen Reihe wirtschaftlicher Kämpfe, die aber alle noch eine große Zerstörung, eine ungenügende Komplettierung und infolgedessen auch absolut mangelhafte Erfolge aufwiesen. Die teilweise günstige Konjunktur wurde von der Arbeiterklasse infolge der vereiterlichen Politik der Gewerkschaftsleitungen ungenügend ausgenutzt. Rentenwerte, Arbeitszeitverkürzungen sind nicht erreicht worden. Die geringen Lohnsteigerungen sind durch die steigende Leistung, Mietpreiserhöhung und vermehrte Steuerlasten mehr als weit gemacht. Es muß unsere Aufgabe sein, im Jahre 1928 diesen Zustand zu ändern.

Einen weiteren, ebenfalls ungenügenden Ausdruck fand die Linksverschiebung der Arbeiter im letzten Jahr bei den einzelnen Ländern und Städten durchgeführten Wahlen. Sie zeigten, daß der Einfluß der KPD wieder steht, und daß unsere Partei — abgesehen von einigen ländlichen Gebieten — sich er-

## Bürgerblock und Neuwahlen

Die SPD für die Durchführung der reaktionären Gesetze / Noske Kandidat der SPD / Die Angst der Reaktionäre

In der bürgerlichen Presse wird jetzt eine starke Diskussion über die eventuelle frühzeitige Auflösung des Reichstags geführt. Die in der bürgerlichen Presse auftretenden Forderungen nach den Neuwahlen werden aus der Angst vor dem Rückzug noch links diffiniert. Diese selbst führt veranlaßt aber das Zentrum und auch die Deutschnationalen, eine unabdingbare Durchführung einer Anzahl reaktionären Gesetze vor der Auflösung des Reichstags zu fordern. Das Berliner Tageblatt schreibt, daß die Hinauszögern der Neuwahlen den Oppositionsparteien nur von Nutzen sein könnte. In dem gleichen Sinne wie die demokratische Opposition äußert sich Stiegemanns Tägliche Rundschau. Sie schreibt, der Außenminister habe im Auswärtigen Amt seine Meinung ausgesprochen und dort zum Ausdruck gebracht, daß die Opposition aus der Länge ihrer Oppositiomstilung den größten Vorteil ziehe. Stiegemann fordert einen früheren Wahltermin. Er verlangt frühere Wahlen deswegen, weil er die Stärkung der Opposition durch das verzögern der Wahl befürchtet.

Das Zentrum und die Deutschnationalen befürchten aber, daß nach eventuellen Neuwahlen die reaktionären Bürgerblockgefechte nicht mehr verschoben werden. Das Zentralorgan dieser Partei, die Germania, erklärt sich gegen die Frühwahlen, sie schreibt, daß unbedingt das neue Strafgesetz, das Aliquotationshündengesetz und vor allem das Reichsschulgesetz noch verabschiedet werden müßt. Die Germania erklärt:

"Es wäre eine falsche Annahme, zu glauben, daß das Zentrum bereit sein könnte, keine Zustimmung zu einer Auflösung des Reichstags zu geben, ohne daß der Reichschulgesetzentwurf erledigt ist. Wir glauben, daß die Koalitionsparteien über diese Auflösung im Zentrum hinreichend unterschrieben sind."

Der Berliner Lokalanzeiger schwingt sich zur Verteidigung der Weimarer Verfassung auf. Nach dieser habe der Reichstag eine 5jährige Legislaturperiode. Die Deutschnationalen müssen diese Verfassung in Schutz nehmen.

Die Sozialdemokratische Partei zeigt bei dieser Auseinandersetzung wieder einmal ihren zweipoligen, auf Arbeitbettug abgestellten Charakter. Die Dresdner Volkszeitung schreibt weiter: "Die Festlegung des Wahltermins richtet sich nicht nach der Wahlangst der deutschnationalen Katastrophenpolitiker, sondern nach den politischen Notwendigkeiten — und die sprechen dafür, daß der gegenwärtige Reichstag im Frühjahr oder im

neuen dem Stand ihres stärksten Einflusses unter den Massen nähert, diesen teilweise bereits überschritten hat. Aber es wäre verhängnisvoll, auf diese Entwicklung mit Selbstzufriedenheit zu bilden. Wir müssen im Gegenteil feststellen, daß die bisher erreichte Steigerung unseres Einflusses für die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben nicht ausreicht ist, daß des organisiatorischen Wachstums der Partei mit der Steigerung des Einflusses nicht Schritt gehalten hat, und daß auch die Sozialdemokratische Partei — und in manchen Bezirken stärker als wir — ihren Einfluß steigern konnte. Bei der Erklärung dieser Tatsache können wir uns nicht mit der Feststellung begnügen, daß drei Arbeiterrichtungen noch vor den revolutionären Konsequenzen zurücktreten, noch Illusionen über die Möglichkeit einer Tendenzierung ihrer Lage durch die Methoden reformistischer Politik haben, noch in der Demagogie und dem Scheinkampf der SPD gegen den Bürgerblock eingefangen werden. Dies trifft alles zu.

Als eine revolutionäre Partei aber müssen wir uns vor allem die Ursachen für die nicht genügenden Erfolge bei unserer Arbeit selbst suchen. In der großen und mühsamen Arbeit, die unsere Partei im letzten Jahr geleistet hat, zeigte sich als einer der Hauptmangel der immer noch ungenügenden Erfolg in den Gewerkschaften und den Großbetrieben. Obgleich die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen stark gewachsen ist, obgleich der Höhepunkt der Konjunktur in einigen Industrien überschritten ist, die Auftragseingänge bereits nachlassen, steht eine allgemeine Krise der deutschen Wirtschaft in der nächsten Zeit nicht unmittelbar bevor. Gerade diese Zeit muß von unserer Partei ausgenutzt werden, um die Zellen in den Großbetrieben durch die Gewinnung neuer Arbeitnehmer zu verstärken. Neue Massen müssen den freien Gewerkschaften zugeführt und durch intensive Arbeit der Kommunisten für die revolutionäre Gewerkschaftspolitik gewonnen werden. Die bevorstehenden Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen geben uns Gelegenheit, vor den breitesten Massen die verhängnisvolle Politik der Gewerkschaftsleitungen aufzurollen und gleichzeitig für die Erziehung jener Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, die Träger der reformistischen Politik sind, durch revolutionäre Arbeiter zu kämpfen.

Ein zweiter Mangel unserer Parteiarbeit ist die ungenügende politische Ausnutzung der lokalen, bezirklichen und Landesvertretungen. Hier sind sowohl Unterlassungsfürden wie auch ein nicht genügend starkes Auftreten gegenüber der Sozialdemokratischen Partei zu überwinden. Besonders in unseren schwächeren Bezirken — gehen diese Wängel hand in Hand. Dort, wo unsere Partei starke Organisationen hat, wo die Kommunisten eine systematische und entschlossene Arbeit leisten, liegt unser Erfolg bei den Wahlen, wuchs und festigte sich die Parteorganisation. Dort, wie in Mecklenburg — wo unsere Organisation schwach ist, wo die orientierungslose Schwäche mit organisiatorischen Fehlern zusammenfällt — zeigt sich ein Stillstand, teilweise sogar ein Rückgang in der Parteuentwicklung. Aus

Frühjahr sein Ende erreicht." Diese Noske scheint eine Auflösung des Parteidienstes für die Provinzpreise. Sie verfolgt den Zweck, die Arbeiter in dem Glauben zu belassen, die SPD verfolge noch immer das proklamierte Ziel der Auflösung des Reichstages mit denen die SPD die Arbeiter seit Monaten

Der Vorwärts, der in Berlin die Vorbereitungen und die Vereinigungserklärung für eine Koalitionsregierung mit dem Zentrum trifft, schlägt andere Töne an. Er lehnt die Forderung der Arbeiterschaft auf sofortige Auflösung des Reichstages ab.

Der Vorwärts schreibt:

"Recht geben kann man der Täglichen Rundschau darin, daß der Staat für 1928 noch verabschiedet werden muß. Der Reichstag wird sich die größte Mühe geben müssen (!), wieder einzuhören, was durch die Summe der Negierung verhängt worden ist. Wie dann aber noch Schulvorlage, Sitzeleben und weiß Gott was noch alles zwischendurch erledigt werden soll, bleibt ein Rätsel."

An einer anderen Stelle erläutert der Vorwärts:

"Spätestens in der Zeit zwischen den französischen Neuwahlen und dem 1. September, an dem der Dawesplan mit voller Wirklichkeit in Kraft tritt, müssen die innerpolitischen Fragen beendet sein. In diese Zeit mit einer Regierung hinzugehen, die zum Abbruch reif ist, und an deren Fortbestand man nicht glaubt, wäre unverantwortlich."

Der Vorwärts will die innerpolitischen Fragen vor den Wahlen "bereinigen". Das heißt, er will dem Bürgerblock, wie das auch aus dem ersten Titat hervorgeht, noch alles geben, was es haben will: den Staat, das reaktionäre Schauspiel und das Justizhauptgesetz. Dann will die SPD mit mehr Mandaten und einigen Ministern die Durchführung des Daweszahlungen übernehmen.

Deswegen schreibt der Vorwärts, es gebe keine Partei, sondern nur staatliche Gründe für die Auflösung.

Die SPD will gar keine schnelle Auflösung, sie will die Unterstützung des Bürgerblocks, die Vorbereitung zu einer Koalition mit dem Bürgerklient. Jede andere Erklärung der Provinzpreise ist ein Beitrag an der Arbeiterschaft. Die Arbeiter müssen die Auflösung des Reichstages mit aller Macht erzwingen. Die Arbeiter haben kein Interesse an der Durchführung der reaktionären Gesetze.

Die Arbeiterschaft muß zum außerparlamentarischen Kampf gegen Schwerindustrie und Bürgerblock rüsten.

dieser Tatsache muß die gesamte Partei die notwendigen Lehren ziehen.

Der erfolgreiche Kampf gegen die Bourgeoisie ist nur dann möglich, wenn die entscheidenden Schichten des deutschen Proletariats dem Einfluß der Sozialdemokratie in raschstem Tempo wie bisher entrückt werden. Die großen Industriebezirke müssen zu Skepsis der Revolution werden. Auf dem Lande muß ein neuer Reichtum von Organisationen und Vertrauensmännern geschaffen werden. Systematisch müssen die Verbindungen mit den landwirtschaftlichen Arbeitern zwecks Herstellung einer gemeinsamen Kampffront ausgebaut werden. Die Partei darf ihre inneren Schwierigkeiten im Jahre 1927 — abgesehen vom Bezirk Psalt, Suhl und einigen unbedeutenden isolierten Blättern — im wesentlichen überwunden. Sie muß die volle Kraft ihrer Arbeit im kommenden Jahr den Massen zuwenden.

Die deutsche Arbeiterschaft sammelt sich im Kampf. Sie hat im Jahre 1927 keine offenen Niederlagen erlitten, aber es ist der Bourgeoisie gelungen, eine Reihe von Erfolgen zu erzielen und ihre Positionen zu festigen. Das Jahr 1927 hat keine Entscheidungen gebracht. Es war ein Jahr der Vorbereitung für die kommenden Entscheidungen. Wir können heute nicht sagen, daß das Jahr 1928 die entscheidenden Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat bringen wird. Aber in späterem Maße wie das Jahr 1927 wird 1928 große Klassenauseinander-

setzungen bringen. Im Frühjahr stehen erneut Millionen von Arbeitern in Bewegung für Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitszeit und den preußischen Kommunen, sowie für eine Reihe anderer Länder statt. Die Vorbereitungen für die Erfüllung des Dawesplanes stehen bevor. Die Frage der Verteilung der Kosten wird damit erneut zu einer Frage des Kampfes, die wie von den Tribünen der Parlamente in die Massen tragen müssen. Die Bourgeoisie bereitet neue Vorläufe gegen die Arbeiterschaft vor. Sie antwortet auf die Linksverschiebung der Massen mit der Verstärkung ihres Machtpapparates und ihrer weigardistischen Organisationen. Sie bereitet sich zu entscheidenden Schlägen gegen die Arbeiterschaft vor und verucht gleichzeitig, deren Kräfte durch die Koalitionspolitik mit der Sozialdemokratie und durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Gewerkschaftsführern zu lämmen. Klärer denn je seit langer Zeit wird das Jahr 1928 die Klassenkämpfe in Deutschland aufzeichnen: hier zwischen Bourgeoisie, die Proletariat. Die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe des deutschen Proletariats, die Wahlkämpfe des Jahres 1928, den Kampf gegen die neuen Vorläufe der Bourgeoisie und gegen die Koalitionspolitik der Sozialdemokratischen Partei gilt es zu sammenzufassen, um den einheitlichen und geschlossenen Kampf der deutschen Arbeiterschaft, der werktäglichen Bauern und aller Schichten des arbeitenden Volkes zu einem gewaltigen Republik zu gestalten.